

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	104
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	756/2017
		GZ:	WFB
Sitzungstermin:	06.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Herr Vaas (StKäm)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	Beteiligungsbericht 2016 der Landeshauptstadt Stuttgart		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 22.09.2017, GRDRs 756/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

EBM Föll erwähnt eingangs die umfassende Transparenz in Bezug auf die Beteiligungen der Landeshauptstadt, die hier weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehe und damit die führende Rolle unter den großen deutschen Kommunen einnehme. Der Beteiligungsbericht stelle ein wichtiges Informationskompendium für die Öffentlichkeit und den Gemeinderat dar.

Herr Vaas erläutert die Vorlage. Der Analyseteil sei grundlegend überarbeitet worden, weil das Gemeindegewirtschaftsrecht den Kommunen ab 2022 die Aufstellung eines Gesamt- bzw. Konzernabschlusses auferlegt habe.

Die Vertreter der Fraktionen danken Herrn Vaas und seinem Team für den Bericht, der als umfangreiches Nachschlagewerk sehr nützlich sei.

StR Rudolf (CDU) lobt die neue Darstellung und die erfreulichen Zahlen.

Die Transparenz, die auch die Bezüge der Geschäftsführer einschließt, begrüßt StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE). Ihre Fraktion unterstütze die Wirtschaftsförderung in ihrem Bemühen, die Nachhaltigkeitsaspekte in den städtischen Eigenbetrieben zu

stärken. Dass dies durchaus sinnvoll sei, habe sich z. B. bei der SWSG gezeigt, die einen Preis als bester Arbeitgeber im Bereich Mobilität zum Arbeitsplatz gewonnen habe. Der Gemeinderat sollte darauf achten, dass solches Know-how an die anderen Unternehmen weitergegeben werde.

StR Pfeifer (SPD) regt an, beim nächsten Bericht wieder eine Übersicht über die Entwicklung der Eigenkapitalquoten einzufügen.

Auf die klare Allgemeinwohlorientierung und ethische Geschäftspolitik einer Kommune, die sich wirtschaftlich betätigt, legt StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) im Namen seiner Fraktionsgemeinschaft großen Wert. Dies müsse für alle Beteiligungen der Landeshauptstadt gelten. Nachhaltigkeit müsse klarer und schärfer definiert werden. Ein Flughafen könne z. B. sinnvoll mit seinen Beschäftigten umgehen und seine Prozesse effizient organisieren, doch bezweifle er, dass ein Flughafen nachhaltig wirtschaften könne. Die Beteiligung einer Stadt an einem Flughafen oder einer Messe - insbesondere wenn es sich um eine Rüstungsmesse handle - könne man durchaus infrage stellen. Dieses Thema sollte nach Ansicht seiner Fraktionsgemeinschaft unabhängig vom Beteiligungsbericht einmal grundsätzlich diskutiert werden. In Zweifel ziehen könne man auch, dass die Sparkassenfunktion inzwischen von einer Landesbank gemanagt werde, auf deren Geschäftspolitik die Stadt keinen Einfluss habe. Deren Beteiligungen müssten sich auch an den Anlagerichtlinien der Stadt messen lassen. Andernfalls müsse sich die Stadt langfristig von diesen Beteiligungen trennen oder über andere Formen, z. B. eine Stadtparkasse, nachdenken.

An dieser Stelle erinnert StRin von Stein (FW) daran, dass der Gemeinderat die regelmäßigen Geldflüsse der LBBW gerne angenommen habe, als es dieser ausgesprochen gut gegangen sei. Mit Blick auf die Windparks merkt sie an, wenn die Stadt sich wirtschaftlich betätigt, sollte dies kein Verlustgeschäft sein.

StR Klingler (AfD) lobt explizit den Flughafen und die Messe. Die Stadtwerke seien ursprünglich mit dem Anspruch gegründet worden, Grundversorger der Landeshauptstadt zu werden. Diesem würden sie nicht gerecht, sondern stellten in seinen Augen ein erhebliches Risiko für die Stadt dar, auf deren Zuschüsse sie allein schon wegen ihrer hohen Personalkosten angewiesen seien. Die meisten Windparks blieben hinter den erwarteten Umsatzerlösen zurück. Nun gelte es abzuwarten, wie sich dieses Engagement weiter entwickle. Momentan funktioniere es nur durch die SVV, die allerdings Herkulesaufgaben mit der SSB vor sich habe. Deshalb müsse man prüfen, inwiefern der Konzern Stadt Stuttgart mittelfristig die Stadtwerke zukunftsfähig mache. Hier zeige sich, wie problematisch Unternehmensbeteiligungen seien, bei denen nicht die Wirtschaftlichkeit, sondern die Ideologie im Vordergrund stehe.

In Teilen könne sich die FDP der von der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS geforderten Privatisierung von Flughafen und Messe anschließen, erklärt StR Conz (FDP). Die Bilanzsumme lasse auf ein hervorragendes Finanzmanagement schließen. Er merkt an, dass seine Gruppierung den Kauf von Windparks noch nie unterstützt habe. Immerhin seien inzwischen keine weiteren Käufe vorgesehen.

EBM Föll weist auf die einzelnen Jahresabschlüsse bzw. -berichte hin. Bei fast allen wesentlichen Beteiligungen enthielten diese - in unterschiedlicher Ausgestaltung - mittlerweile auch Berichte zur Nachhaltigkeit und dem Gemeinwohl. Es sei aber nicht ganz einfach, diese in ein einheitliches System zu gießen, weil sich die Beteiligungen in der

Art ihrer Tätigkeit stark unterschieden. Die Verwaltung habe die Themen im Blick, doch verfüge man derzeit noch über kein Instrument, das einen solchen Bericht aussagekräftig machen würde.

Gegenüber StR Pfeifer sagt er zu, die Darstellung der Eigenkapitalquote bezogen auf die Beteiligungsunternehmen aufzugreifen. Er räumt ein, dass konsolidierte Werte nicht immer aussagekräftig seien. Neben der Eigenkapitalquote müsse man bei den Beteiligungsunternehmen auch auf die Ergebnisentwicklung achten, wobei Sondereffekte teilweise eliminiert werden müssten. Ohne positive Ergebnisse fehle die Finanzkraft für Investitionen. Er stellt klar, dass die Verwaltung keine Privatisierungen beabsichtige.

Bei der Bewertung der Windparks gelte es, das bundesweit schlechte Windjahr 2016 zu berücksichtigen. Er gehe davon aus, dass sich dies im Mehrjahresvergleich relativiere. Die Beteiligung sei langfristig angelegt, betont er ausdrücklich. Und nach wie vor halte er diese Entscheidung für richtig. Aktuell befinde man sich in der zweiten Phase und konzentriere sich auf die urbane Energiewende in der Landeshauptstadt.

Gegenüber StR Conz führt er aus, die hohe Cash-Position bei der SVV sei zum Teil stichtagsbedingt, da sie mit der Finanzanlageposition korreliere und das Darlehen der SVV an die SSB noch nicht abgerufen sei.

Herr Vaas bedankt sich - auch im Namen seines Teams - für das Lob und die Anerkennung der Arbeit und sagt zu, die Anregungen, soweit möglich, aufzunehmen.

An StR Conz wendet sich auch StR Rockenbauch mit dem Hinweis, seiner Fraktionsgemeinschaft gehe es nicht um prinzipielle Privatisierung. Privatisiert werden sollte nach Ansicht seiner Fraktionsgemeinschaft in den Bereichen, die nicht der kommunalen Daseinsvorsorge dienen. Diese müsse man aber zunächst definieren. An dieser Stelle merkt EBM Föll an, es sei dem Stadtrat unbenommen, eine entsprechende Diskussion zu beantragen.

Er stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen hat von der GRDRs 756/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
WFB-KS
LMS
HSG
in.Stuttgart
MSG
SM
SWS
SWSG
VMS
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
Rechtsamt
 3. Referat SOS
 4. Referat SI
ELW (2)
 5. Referat T
Tiefbauamt/SES (3)
AWS (2)
BBS (2)
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN